

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

12. August 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 05.08.13 griffen Aufständische in der nordafghanischen Provinz Kunduz deutsche Soldaten an. Dabei wurden fünf Bundeswehrangehörige verletzt.

Am 07.08.13 wurde erneut eine deutsche Aufklärungspatrouille von Aufständischen angegriffen. Es wurden keine deutschen Soldaten verletzt. Am gleichen Tag wurden in der südlich von Kabul liegenden Provinz Wardak bei zwei aufeinanderfolgenden Anschlägen an einer Straße drei Zivilisten, darunter zwei Kinder, getötet und neun weitere Zivilisten verletzt. In der ostafghanischen Provinz Ghazni wurde der Wagen einer afghanischen Senatorin angegriffen. Die Politikerin und mehrere ihrer Familienmitglieder wurden verletzt, ihre achtjährige Tochter und der Fahrer getötet.

Am 08.08.13 starben auf einem Friedhof in der östlichen Provinz Nangarhar 14 Frauen und Kinder, als eine Landmine explodierte. Im Nordosten Afghanistans wurde am 08.08.13 ein belgischer Journalist entführt und von der Polizei befreit.

Am 11.08.13 wurden bei Kämpfen in Ostafghanistan drei US-amerikanische ISAF-Soldaten getötet. Drei Zivilisten, darunter zwei Kinder, wurden in der südlichen Provinz Uruzgan bei der Explosion einer am Straßenrand gelegten Bombe getötet.

Wahlboykott der Taliban

Die Taliban haben eine Teilnahme an der afghanischen Präsidentenwahl im kommenden Jahr ausgeschlossen und einen Kampf bis zum Abzug aller internationalen Truppen angekündigt. Sie riefen dazu auf, die Regierung zu stürzen und alle ausländischen Soldaten zu vertreiben.

Erneut Todesopfer bei Überschwemmungen

Im nördlich der Hauptstadt liegenden Distrikt Shakardara der Provinz Kabul wurden am 11.08.13 bei Überschwemmungen 20 Menschen getötet und zahlreiche Gebäude zerstört oder beschädigt. Nach den Überschwemmungen Anfang August in den Provinzen Kabul, Wardak und Khost (vgl. BN vom 05.08.13) mussten Hunderte Menschen ihre Wohnorte verlassen.

Pakistan

Sicherheitslage

Am 07.08.13 wurden in Karachi (Provinz Sindh) bei einem Bombenanschlag während eines Fußballspiels elf Menschen getötet und 24 verletzt.

Am 08.08.13 verübte ein Selbstmordattentäter in Quetta (Provinz Baluchistan) einen Anschlag auf die Beerdigungsfeierlichkeiten für einen Polizisten, der kurz zuvor erschossen worden war. Dabei wurden mindestens 30 Menschen getötet und 62 verletzt. Die Taliban bekannten sich zu der Tat.

Am 09.08.13 wurden bei einem Anschlag auf einen Politiker in Quetta mindestens neun Menschen getötet, 27 Personen erlitten Verletzungen.

Grenzzwischenfall in Kaschmir

Am 06.08.13 wurden im Grenzgebiet zwischen Indien und Pakistan fünf indische Soldaten bei einem Überfall getötet. Indien beschuldigte Pakistan, hinter dem Angriff zu stecken, und drohte mit Konsequenzen. Die pakistanische Regierung wies den Vorwurf zurück.

US-Konsulat in Lahore geschlossen

Die US-Regierung hat am 09.08.13 das Konsulat in Lahore (Provinz Punjab) aufgrund von Terrorwarnungen geschlossen.

Irak

Sicherheitslage

Am 05.08.13 kamen bei einer landesweiten Anschlagsserie mindestens 60 Menschen ums Leben, mehr als 220 sollen verletzt worden sein. Es hat sich um koordinierte Anschläge gehandelt, die zumeist im schiitischen Süden und in anderen, hauptsächlich von Schiiten bewohnten Gegenden, verübt wurden. Laut Pressemeldung haben in den vergangenen Monaten insbesondere extremistische sunnitische Gruppen wie al-Qaida in Irak aus Protest gegen die schiitisch geführte Regierung immer mehr Anschläge verübt.

Die irakische Armee hat am 05.08.13 eigenen Angaben zufolge sechs mutmaßliche al-Qaida-Mitglieder bei einem Einsatz getötet. Bei einem weiteren Einsatz wurden zehn Extremisten gefangen genommen.

Am 06.08.13 wurden bei einer Reihe von koordinierten Anschlägen mindestens 57 Menschen getötet, weitere 161 wurden verletzt. Allein in und um Bagdad sollen mindestens 35 Menschen ums Leben gekommen sein, mehr als 90 wurden verletzt. Ziel der Anschläge waren Märkte und Einkaufszentren. Weitere Anschläge gab es u.a. in Tuz Khurmato, Mosul, Falluja, Muqdadiya, Baquba und Samarra.

Am 07.08.13 kamen bei Anschlägen u.a. in Tikrit, Mosul, Mussayab, Ramadi, Kirkuk und Tuz Khurmato mindestens 39 Menschen ums Leben, weitere 11 wurden verletzt.

Am 08.08.13 wurden u.a. in Ramadi, Samarra und Balad sieben Menschen getötet.

Am 09.08.13 wurden u.a. in Tikrit, Bagdad und Baquba elf Menschen getötet.

Am 10.08.13 kamen bei einer Serie von koordinierten Anschlägen mehr als 80 Menschen, nach anderen Quellen mehr als 90 Menschen, ums Leben, mehr als 370 Menschen sollen verletzt worden sein. Allein in Bagdad wurden mindestens 57 Menschen getötet, und 150 verletzt. Ziele waren Cafés, Märkte und Restaurants gewesen. Weiterhin betroffen waren u.a. Tuz Khurmato, Nassiriya, Kerbala, Kirkuk und Mosul.

Am 11.08.13 kamen 17 Menschen ums Leben, weitere 45 wurden verletzt.

Laut Pressemeldung vom 12.08.13 bekannte sich al-Qaida in Irak zu den Anschlägen.

Syrien

Kampfhandlungen im Nordwesten

Nach Angaben von Aktivisten eroberten syrische Rebellen mehrere alawitische Dörfer, weshalb Angehörige der Republikanischen Garde als Verstärkung in die Küstenregion geschickt wurden. Auch ein Fliegerhorst nahe Aleppo wurde eingenommen. Seit Beginn der Offensive nahe der türkischen Grenze am 04.08.13 seien mehr als 200 Gegner getötet worden, hieß es am 06.08.13 seitens der Aufständischen. An den Kämpfen waren hauptsächlich islamistische Brigaden beteiligt.

Regierungsgegner behaupten Anschlag auf Bashar al-Assad

Regierungsfeindliche Medien berichteten, am 08.08.13 habe es ein Attentat auf Präsident Assad gegeben. Die Aussagen dazu stimmen jedoch nicht überein: eine Quelle spricht von Raketenbeschuss, die anderen von abgefeuerten Granaten. Eine meldet tote Assad-Begleiter, die andere gibt an, niemand sei getötet worden. Anwohner des Innenstadtviertels, das zwischen Assads Haus und einer Moschee liegt, zu der er am Morgen gefahren sein soll, berichteten von zwölf Explosionen. Die Regierung dementierte einen Angriff auf das Staatsoberhaupt.

Oppositionelle sollen 450 kurdische Zivilisten ermordet haben

Terroristen der al-Nusra-Front, die mit dem Terrornetz al-Qaida in Verbindung steht und auf der Seite der Regierungsgegner in Syrien kämpft, haben am 05.08.13 nach Angaben des iranischen Fernsehsenders Press TV 450 kurdische Zivilisten massakriert. Laut diesen Angaben wurden 330 Frauen und Greise sowie 120 Kinder im Kreis Tal Abyad der Provinz Raqqa ermordet.

Libanon

Zwei türkische Piloten entführt

Zwei türkische Piloten der Fluggesellschaft Turkish Airlines wurden am 09.08.13 in Beirut von der bisher unbekanntes schiitischen Gruppe Suwar al-Imam al-Redha entführt. Für ihre Freilassung forderten die Entführer die Freigabe von neun von syrischen Rebellen in Syrien verschleppten schiitischen Libanesen.

Iran

Juristin als Vizepräsidentin ernannt

Präsident Hassan Ruhani hat eine Juristin zur Vizepräsidentin ernannt. Es handelt sich um die ehemalige Abgeordnete und Juraprofessorin Elham Aminsadeh. Wie Ruhani auch, erhielt die 49-jährige Aminsadeh ihren Dokortitel von der Universität Glasgow in Schottland. Aminsadeh hatte sich viele Jahre auch für Frauenrechte im Iran eingesetzt. Sie ist die erste Frau in Ruhanis Regierung.

Israel/Westjordanland

Regierung verkündet neue Siedlungsbaupläne

Das israelische Wohnungsbauministerium teilte am 11.08.13 mit, es sollten Ausschreibungen für 1.187 Wohnungen in Ost-Jerusalem und verschiedenen Siedlungen im Westjordanland veröffentlicht werden. Die neuen Baupläne betreffen kurz vor neuen Friedensgesprächen mit den Palästinensern überwiegend Gebiete, die Israel auch im Rahmen eines möglichen künftigen Friedensabkommens mit den Palästinensern behalten will. Die Palästinenser wollen hingegen im gesamten Westjordanland und Gazastreifen einen unabhängigen Palästinenserstaat errichten, mit dem arabischen Ostteil Jerusalems als Hauptstadt.

Regierung stimmt der Freilassung von palästinensischen Langzeithäftlingen zu

Israel hat die Freilassung der ersten Gruppe von insgesamt 104 palästinensischen Langzeithäftlingen gebilligt. Ein zuständiger Ministerausschuss stimmte am 11.08.13 dafür, zunächst 26 Palästinenser im Rahmen der neuen Nahost-Gespräche aus der Haft zu entlassen. Einige von ihnen sind bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten inhaftiert. Die Häftlinge können frühestens 48 Stunden nach der Mitteilung freigelassen werden. Damit haben Angehörige von Terroropfern noch Zeit, vor Gericht Einspruch einzulegen. Es gilt jedoch als unwahrscheinlich, dass einer solchen Beschwerde stattgegeben wird.

Tunesien

Tunesische Opposition plant Schattenregierung

Die tunesische Opposition plant eine Schattenregierung, mit der sie das Land aus der politischen Krise führen will. Ein Kabinett solle am Ende der kommenden Woche vorgestellt werden, teilte ein hochrangiges Mitglied der Oppositionsallianz am 10.08.13 mit. Der Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten könnte bereits Anfang der Woche benannt werden. Die weltliche Opposition will die Regierung unter Führung der gemäßigten Islamisten-Partei Ennahda nach der Ermordung zweier ihrer prominentesten Führer in den letzten sechs Monaten absetzen.

Ägypten

Vermittlungsbemühungen gescheitert

Am 07.08.13 erklärte das Amt des Übergangspräsidenten Adli Mansur die unter Beteiligung ausländischer Diplomaten geführten Vermittlungsverhandlungen mit den Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi für gescheitert. Eine Erklärung des Präsidialamts macht die Muslimbruderschaft dafür verantwortlich.

Nach einem Beschluss der Übergangsregierung vom 11.08.13 sollen ab 12.08.13 die beiden großen Protestlager der Islamisten in Kairo geräumt werden. Zur Vermeidung eines Blutvergießens werden die Sicherheitskräfte schrittweise vorgehen: Zunächst sollen sie die Eingänge blockieren, die Zufuhr von Nahrungsmitteln unterbinden und schließlich Tränengas und Wasserwerfer einsetzen. Die Umsetzung des Räumungsbeschlusses soll bis zu drei Monate in Anspruch nehmen. Die Islamisten errichteten unterdessen weitere Barrikaden rund um ihr Lager bei der Rabea-al-Adawija-Moschee und riefen zu weiteren Demonstrationen auf.

Großimam Ahmed al-Tajjeb von der Al-Azhar-Universität in Kairo will sich als Vermittler einschalten und rief zur Versöhnung auf. Am 12.08.13 will er mit Vertretern der verfeindeten Lager verhandeln.

Extremisten im Sinai getötet

Presseberichten vom 09.08.13 zufolge bombardierte die israelische Armee im Norden der Sinai-Halbinsel, der als Hochburg und Rückzugsort islamistischer Extremisten gilt, eine Stellung mutmaßlicher Dschihadisten. Fünf Personen kamen ums Leben, mehrere andere wurden verletzt. Sie sollen Raketen zum Abschuss auf israelisches Gebiet vorbereitet haben. Möglicherweise geschah die Bombardierung in Absprache mit der ägyptischen Regierung. Die ägyptische Armee versucht seit Monaten, die Situation unter ihre Kontrolle zu bringen. In den vergangenen Wochen hatten militante Islamisten mehrfach Stellungen der Sicherheitskräfte überfallen.

Nachdem Extremisten eine Polizeistation in der Provinzhauptstadt Al-Arish angegriffen hatten, beschloss die ägyptische Armee in der Nacht zum 11.08.13 Häuser mutmaßlicher Terroristen in einer Ortschaft nördlich der Provinzhauptstadt. Angaben zu Opfern liegen nicht vor.

Russische Föderation

Maßnahmen gegen papierlose Migranten

Ende Juli/Anfang August 2013 führte die Moskauer Polizei mit 900 Beamten „Säuberungsaktionen“ gegen illegale Einwanderer durch. Wer durch ein nichtslawisches Äußeres auffiel, musste seine Papiere vorweisen. Wer keine gültigen Papiere vorlegen konnte, wurde verhaftet. Laut Angaben der Behörden seien ca. 3.000 Migranten festgenommen worden. Um die Menschen unterzubringen, wurde eine Zeltstadt aufgebaut, in der sich zurzeit ca. 600 Personen aufhalten sollen. Niemand darf die Zeltstadt, die von einer hohen Mauer umgeben ist, ohne Genehmigung verlassen.

Russische Nationalisten organisierten eigene Razzien gegen Asiaten und Kaukasier. Im Zuge des Wahlkampfes um das Moskauer Bürgermeisteramt ist die Frage der Zuwanderung zum Hauptthema geworden. 55 Prozent der Moskauer betrachten „die vielen Zuwanderer aus den ehemaligen südlichen Sowjetrepubliken und dem Nordkaukasus“ als Problem. Präsident Wladimir Putin forderte ein hartes Durchgreifen.

Nigeria

Parteienzusammenschluss zugelassen

Am 07.08.13 genehmigte Nigerias Wahlkommission den Antrag der drei Hauptoppositionsparteien „Action Congress of Nigeria“ (ACN), „All Nigeria People’s Party“ (ANPP) und „Congress of Progressive Change“ (CPC) auf Vereinigung zur neuen Partei „All Progressive Congress“ (APC). Deren Interimspräsident ist Chief Bisi Akande. Die wichtigsten Persönlichkeiten des APC sind der aus Nordnigeria stammende mehrfache Präsidentschaftskandidat und frühere Militärmachthaber Muhammadu Buhari sowie der ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Lagos, Bola Tinubu. Die neue Partei gilt als ernsthafter Konkurrent für die seit der 1999 erfolgten Rückkehr Nigerias zur Demokratie dominierende Regierungspartei People’s Democratic Party (PDP). Diese stellt seit 1999 den Staatspräsidenten sowie die Mehrheit in beiden Kammern der Nationalversammlung. Zudem kontrolliert sie derzeit etwa zwei Drittel der 36 Bundesstaaten. Als ein erster Test für die Erfolgsaussichten des APC gelten die Gouverneurswahlen im südlichen Bundesstaat Anambra im November 2013.

Viele Tote bei Gefechten

Am 04.08.13 griffen mutmaßliche Angehörige der islamistischen Terrororganisation Boko Haram im nord-östlichen Bundesstaat Borno eine Polizeistation in der an der Grenze zu Kamerun gelegenen Stadt Bama (Bama Local Government Area – LGA) sowie ein Militärlager in der Stadt Malam Fatori (Abadam LGA) an. Laut Angaben der Sicherheitsbehörden sollen bei den Gefechten 32 der Angreifer getötet worden sein. Am 10.08.13 bezifferte Generalmajor Jah Ewansiah, der Kommandeur der zur Bekämpfung der Aufständischen in Nordnigeria eingesetzten Sondereinheit „Joint Task Force“ – JTF, die eigenen Verluste mit 12 Soldaten und sieben Polizisten, nachdem vorher wesentlich geringere Verluste genannt worden waren.

Sudan

Rund 100 Tote bei Stammeskämpfen in Darfur

Bei Kämpfen zwischen den arabischen Ethnien Rizeigat und Maalija bei Adila im Südosten Darfurs sollen am 09. und 10.08.13 rund 70 Kämpfer der Maaliya und 30 der Rizeigat ums Leben gekommen sein. Einem Vertreter der Maalija zufolge sollen die Rizeigat Dörfer niedergebrannt haben. Auslöser der Kämpfe sollen Landstreitigkeiten gewesen sein.

Angesichts der häufigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen arabischen Stämmen in Darfur gehen Beobachter davon aus, dass die sudanesishe Regierung die Stämme, die sie gegen die Rebellion der afrikanischen Bevölkerung als sog. Dschandschawid eingesetzt hatte, nicht mehr kontrollieren kann.

Äthiopien

Tote bei muslimischen Protesten

In Äthiopien kommt es landesweit seit Tagen zu Protesten der muslimischen Bevölkerung. Mehrfach war es dabei zu Konfrontationen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräften gekommen. Dabei soll es auch Tote gegeben haben. Die Hintergründe sind jedoch bislang noch immer ungeklärt. Nach Meldung einer staatlichen Nachrichtenagentur sollen „muslimische Extremisten“ in Addis Abeba auf Sicherheitskräfte geschossen und dabei drei Polizisten getötet haben. Demgegenüber behaupteten Augenzeugen und lokale Menschenrechtsgruppen, dass Polizisten allein im Bezirk Kofele im Südwesten der Region Oromia mindestens 16 Menschen erschossen hätten.

Die Demonstranten fordern die Freiheit von religiösen Führern und Aktivisten. Derzeit müssen sich 29 Religionsvertreter wegen des Vorwurfs terroristischer Aktivitäten vor Gericht verantworten. Amnesty International vermutet, dass die Betroffenen allein wegen ihres politischen Engagements strafrechtlich verfolgt werden und dass es zu Unterdrückung von Muslimen komme. Die Regierung sieht sich dagegen im Kampf gegen den zunehmenden Einfluss radikaler Salafisten. Im christlich geprägten Äthiopien sind Muslime zwar in der Minderheit, jedoch dort seit mehr als tausend Jahren verwurzelt und stellen ein Drittel der Bevölkerung.

Zentralafrikanische Republik

Chaotische Zustände in der Zentralafrikanischen Republik

Nach UN-Angaben findet in der Zentralafrikanischen Republik ein Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung statt, nachdem die Rebellen im März dieses Jahres die Macht ergriffen haben. Nach Angaben von Ärzten ohne Grenzen ist auch das Gesundheitssystem des Landes zusammengebrochen.

Uganda

Gesetz schränkt Versammlungsfreiheit ein

Am 06.08.13 verabschiedete Ugandas Parlament ein Gesetz, das die Versammlungsfreiheit stark einschränkt. Unter anderem bedarf es nach dem Gesetz zur Regelung der öffentlichen Ordnung (Public Order Management Bill) einer vorherigen polizeilichen Genehmigung, wenn drei oder mehr Personen zusammenkommen, um öffentlich politische Fragen zu diskutieren. Zusammenkünfte dürfen nur noch zwischen 6 Uhr und 18

Uhr stattfinden. Menschenrechtler übten scharfe Kritik an dem Gesetz. Die Opposition will das Gesetz vor dem Verfassungsgericht anfechten. Bevor das Gesetz in Kraft treten kann, muss Präsident Yoweri Museveni es noch unterzeichnen.

China

Grenzfluss mit Zaun gesichert

China hat entlang des Flusses Tumen, der den östlichen Teil der Grenze zu Nordkorea bildet, einen Grenzzaun errichtet. Dies berichtete Radio Free Asia unter Berufung auf die japanische Asia Press am 05.08.13. Der Bau des Zaunes habe vor etwa zwei oder drei Jahren begonnen. Die Zahl der von Nordkorea aus nach China Flüchtenden sei nun stark zurückgegangen. Ob entlang des Flusses Yalu, der den westlichen Teil der Grenze zu Nordkorea bildet, ebenfalls ein Zaun gebaut werden soll, sei unbekannt.

Gewaltausbruch in Xinjiang

Mindestens drei Personen wurden von der Polizei getötet und 20 weitere verletzt, als sich eine aufgebrachte Menschenmenge am 07.08.13 in Aykol (Präfektur Aksu) in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferte. Die Polizei schoss in die Menge, als sie bei dem Versuch, mehrere wegen „illegaler religiöser Aktivitäten“ gesuchte Personen festzunehmen, angegriffen wurde.

Indien

Kaschmir: Indien wirft Pakistan kriegerischen Akt vor

Indiens Regierung hat Pakistans Armee für den Tod von fünf indischen Soldaten in der Region Kaschmir verantwortlich gemacht. Die Soldaten waren am 06.08.13 bei einem bewaffneten Überfall auf indischer Seite getötet worden. Auch an den darauffolgenden Tagen kam es an der Waffenstillstandslinie zu Schusswechseln, bei denen mehrere Soldaten beider Länder verletzt wurden. Pakistan wies die Vorwürfe zurück.

Hintergrund

Die Übergriffe in Kaschmir folgten unmittelbar der Ankündigung des erst im Juni gewählten pakistanischen Premierministers Nawaz Sharif, er wolle den Friedensprozess zwischen Pakistan und Indien, der nach den verheerenden Terroranschlägen pakistanischer Terroristen auf die indische Metropole Mumbai in 2008 ausgesetzt worden war, wiederbeleben. Politische Beobachter sehen in der Eskalation Parallelen zu den Entwicklungen Ende der 1990er-Jahre. Bereits damals war Sharif Premierminister und hatte sich um eine friedliche Lösung des Kaschmir-Konflikts bemüht. Die pakistanische Armee besetzte daraufhin indische Stellungen im Hochgebirge und es folgte ein wochenlanges lokales Krieg, den Pakistans Armee verlor. Kurz darauf putschte sich Armeechef Pervez Musharraf in Pakistan an die Macht.

Anhaltende Unruhen im Südosten Indiens

Seit über einer Woche kommt es im Unionsstaat Andhra Pradesh zu teils gewalttätigen Demonstrationen. Mehr als tausend Personen sollen in Haft genommen worden sein. Der Protest richtet sich gegen eine Entscheidung der regierenden Kongresspartei, zehn Distrikte Andhra Pradeshs zum neuen Unionsstaat Telangana zusammenzufassen. Dabei soll Hyderabad, viertgrößte Stadt und Technologiezentrum des Landes, für einen Übergangszeitraum von zehn Jahren die gemeinsame Hauptstadt beider neu geschaffenen Gliedstaaten werden und anschließend an Telangana fallen. Die Kampagne für die Gründung Telangana läuft bereits seit Jahrzehnten. Die Regierung begründet diese Maßnahme damit, dass kleinere Bundesstaaten das Problem Indiens mit seinen Dutzenden von Ethnien und Hunderten von Sprachen und Dialekten besser lösen könnten und verweist auf die wirtschaftliche Entwicklung in Chhattisgarh, Jharkhand und Uttaranchal, die im Jahr 2000 ebenfalls von größeren Unionsstaaten abgetrennt wurden. Die Demonstranten dagegen befürchten erhebliche wirtschaftliche Nachteile für den verbleibenden Teil von Andhra Pradesh.



Sri Lanka

Moschee in Colombo attackiert

Mehr als 100 Menschen, darunter auch buddhistische Mönche, haben am 10.08.13 eine Moschee in Sri Lankas Hauptstadt Colombo attackiert und dabei sieben Menschen verletzt. Sicherheitskräfte bezogen Posten, um Vergeltungsschläge zu verhindern. Muslimische Organisationen beschuldigten die Polizei, die Attacke trotz Präsenz vor Ort nicht verhindert und die Gewalttäter nicht festgenommen zu haben.

In diesem Jahr gab es bereits mehrere Angriffe auf muslimische und auch christliche Einrichtungen. Als Drahtzieher wird die Gruppe Bodu Bala Sena vermutet, die von buddhistischen Mönchen geleitet wird. Sie beschreiben sich selbst als „patriotische Kräfte“, die die Interessen der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit vertreten. In Sri Lanka stellen die Buddhisten etwa 70 Prozent der Bevölkerung, Muslime knapp neun Prozent.

Kambodscha

Militär marschiert in Kambodschas Hauptstadt auf

Knapp zwei Wochen nach einer umstrittenen Parlamentswahl sind Soldaten in der Hauptstadt Phnom Penh aufmarschiert. Nach Angaben der Armee soll die Militärpräsenz mögliche Ausschreitungen bei Protesten verhindern. Die Armee werde so lange in der Hauptstadt bleiben, bis die Regierungsbildung abgeschlossen sei, kündigte ein Regierungssprecher an. Bei der Parlamentswahl am 28.07.13 hatte die regierende Volkspartei (CPP) des langjährigen Ministerpräsidenten Hun Sen nach eigenen Angaben 68 von 123 Parlamentssitzen errungen. Die oppositionelle Partei zur nationalen Rettung (CNRP) kam auf 55 Mandate, wirft der Regierung jedoch Betrug vor. Der CNRP-Vorsitzende Sam Rainsy hat angekündigt, es werde so lange Protestkundgebungen geben, bis die Vereinten Nationen die Betrugsvorwürfe untersuchen.